

## DER NEUE AUFBRUCH IST DA!

Liebe LeserInnen, wir stehen kurz vor unseren Landesparteitag. Die akl hat mit ihrem Hapagantrag beim letzten Parteitag für Unruhe in der Partei gesorgt.

Bisher hat der LAVO die Strategie gefahren, die Behandlung des Themas HAPAG auf dem LPT zu verhindern. Dies ist nicht gelungen! Nun muss/wird die Strategie geändert, das Ziel bleibt das Gleiche: Keine Kritik an der falschen Entscheidung der Fraktion zum Hapag-Deal und den damit verbundenen strategischen Überlegungen (Tür-

öffner für Rot/Rot). Gleichzeitig ist die Entscheidungsfindung über die Position der Partei zum SPD- Wohnungsbauvertrag immer noch nicht vom Tisch. Woran liegt das? Schuld ist unseres Erachtens die Entpolitisierung der Partei. Die akl lehnt sich dagegen auf. Mit unserer Kritik schaffen wir Transparenz. Wir wollen erreichen, dass die Strukturen der Partei für die Mitglieder da sind. Die Partei gibt nichts vor. Die Fraktion macht was sie will und die Strukturen funktionieren nicht.

Wo sind die vielen Aktiven von 2008?

## Entpolitisierung des Landesverbandes

von **Tilman Rosenau**

An der Wegführung der Entscheidung eine Haushaltskampagne der Partei laut Landesvorstandsbeschluss in seiner Junisitzung als zentralen Wahlkampfthema zur Bürgerschaftswahl 2015 zu machen erkenne ich Mängel im Procedere des Meinungsbildungsprozesses im Landesverband.

Die Eile, in der ein Vorschlag aus der Bürgerschaftsfraktion erstellt wird und vom Landesgeschäftsführer dem Landesvorstandes (Lavo) als Tischvorlage auf der oben genannten Sitzung eingebracht wurde, ist nicht nachzuvollziehen. Martin Wittmaack schlägt vor – vom Lavo übernommen – das Verantwortlich für die Entwicklung der Kampagne

bei den beiden hauptamtlichen in der Wendenstrasse (Bela/Martin) und für den Inhalt die Initiatoren aus der Bürgerschaftsfraktion Norbert Hackbusch und dem Mitarbeiter Norbert Weber sind.

Die Organisationplanung übernehmen die Hauptamtlichen, die Öffentlichkeitsarbeit des Wahlkampfes bleibt gleich dem Fraktionsvorstand vorbehalten. Das Verfahren ist also so: die Fraktion schlägt Strategie und Inhalt des Bürgerschaftswahlkampfes unserer Partei vor, der Landesgeschäftsführer formuliert einen gleichlautenden Text und legt ihn dem Landesvorstand vor, der nur noch abnicken darf, weil angeblich alles schnell entschieden werden muss. Die Mitglieder sind vor vollendeten Tatsachen gestellt!

„**Atomausstieg**“

Ein anderes Beispiel – mit demselben Verfahren ist der Umgang mit dem Antrag „Fehlerhafte Resolution des letzten Parteitags korrigieren:

*Weiter auf Seite 2*

**Das nächste  
AKL-Treffen  
findet am Freitag,  
den 7. Dezember  
um 19Uhr im Magda-Thurey-Zentrum,  
Lindenalle 72 statt.**

1.) Für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie;

2.) Für demokratische Abstimmungen von Resolutionen“ an den Landesparteitag am 28./29.04.2012.

Der Antrag bezog sich auf eine Resolution des Landesparteitags am 27.11.2011 in Hamburg-Farmsee. Dort wurde angeblich „per Akklamation“ die Resolution „Solidarität mit den Castorprotesten“ verabschiedet, indem die Resolution außerhalb des Tagungsraumes verlesen wurde, als nur ein Teil der Delegierten sich in Hörweite befand, und trotz Zwischenrufen von Delegierten, die sich auf den Inhalt der Resolution bezogen, aufgrund des Beifalls einiger Delegierter für verabschiedet erklärt wurde.

Die Kritik am Inhalt der Resolution richtet sich auf die Festlegung eines Zeitraums, innerhalb dessen ein Ausstieg aus der Atomenergie angeblich möglich sei. In der Resolution heißt es: „Ein vollständiger Atomausstieg ist bis zum Ende des Jahres 2014 technisch machbar – auch unter Berücksichtigung der in den AKWs Beschäftigten. [...] DIE LINKE wird weiterhin im Bundestag, Bürgerschaft und auf der Straße für einen deutlich schnelleren Atomausstieg streiten.“ Dies widerspricht allen bisherigen programmatischen Forderungen der Linken auf Landes- und Bundesebene nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Auf dem Folgeparteitag am 28./29.4.12 wurde ein Antrag, den u.a. zahlreiche AKLerInnen unterzeichnet hatten, zur Korrektur der Resolution nicht behandelt zur Korrektur nicht

behandelt, sondern an den Lavo überwiesen. Der LaVo hat sich trotz Erinnerungsschreiben aus der Mitgliedschaft nicht mit diesem Antrag befasst, bis der Initiator ihn wieder auf die TO des LPT am 1.12.12 bringen wollte und fristgerecht einreichte. Bis zur letzten LaVo-Sitzung vor Antragschluss wurde die Behandlung immer weiter auf die lange Bank geschoben. Das ist eine Politik des Aussitzens und damit eine Entpolitisierung.

### „Tabubruch der Fraktion“

Auch der Umgang mit der Landdessatzungsänderungen, dem Wohnungsbauvertrag und dem Umgang mit dem Tabubruch der Fraktion bei der Hapag-Entscheidung der Bürgerschaft sind nach ähnlichem Muster verlaufen.

Dieses Verfahren wird für mich verständlich aus der Behandlung des Hapag-Antrags auf der Lavo-Sitzung vom 22. September 2012. Dort hatten Bela Rogalla, Herbert Schulz und Christian Kruse gegen die Aufnahme des Hapag-Antrags als Tagesordnungspunkt auf dem Landesparteitag am 1. Dezember argumentiert.

### Aus dem Protokollentwurf:

Während unser Lavo-Sprecher Bela Rogalla „nicht mehr bereit (sei) auf jeder Sitzung mit Behauptungen konfrontiert zu werden, die nicht der Wahrheit entsprächen und einfach unterstellt würden.“

„Herbert Schulz warnt davor, den Antrag zu Hapag Lloyd auf dem LPT zu diskutieren und den LPT zur Bühne für ein Show-Down zu machen, vor allem wenn die Medien dabei seien.“ „Christian Kruse bietet an, als einer der Antragsteller zum Thema Hapag Lloyd mit den anderen Antragstellern zu

sprechen, um eine öffentliche Diskussion, die der Partei schaden könnte, zu vermeiden. Das Thema müsse aber trotzdem in der Partei diskutiert werden.“

Was Bela damit meint vermittelt sich mir nicht. Was Herbert meinte schon: Er will strittige Themen aus der Parteiöffentlichen Diskussion heraushalten. Christian spricht das Problem direkt an und schlägt vor Strittiges ins informelle Hinterstübchen zu verfrachten.

Die Taktik der Verantwortlichen scheint mir immer klarer zu werden: hinhalten, aussitzen, verwässern, ausgrenzen und abbügeln! Nicht um das richtige Verfahren bei Richtungsentscheidungen und nicht um das Ringen um richtige Inhalte ist das Motiv der GenossInnen Verantwortlichen in Lavo und Fraktion, sondern das Taktieren, Hinterzimmergesprächeentscheidungen und bürgerlicher Medienfixierung ist ihr Streben.

Schlussfolgerung: Diese Entpolitisierung ist eine Entmündigung der Parteimitglieder, da es ihnen die Möglichkeit nimmt am Diskussionsprozess und damit an der Ausrichtung der Parteipolitik auf Landesebene mitzuwirken. Das emanzipatorische Projekt „DIE LINKE.“ habe ich mir anders vorgestellt. 2007 wollten wir als Teil der außerparlamentarischen Linken eine Politik gegen die neoliberalen Umtriebe in einer offenen und lebendigen Streitkultur auch in die Parlamente tragen.

Diese Verhinderungspolitik einzelner Verantwortlicher in Fraktion und Partei treibt uns in die Beliebigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Hier schießt man nur nach Meinungsumfragen und Medienauftritten.

# HAPAG

„Die Hansestadt Hamburg kauft dem Touristikonzern TUI für 420 Millionen Euro weitere 13 Prozent der Reederei Hapag-Lloyd ab. Die Stadt steigt mit nunmehr 37 Prozent zum größten Einzelaktionär des Hamburger Traditionsunternehmens auf. Die allein regierende SPD und die Linkspartei stimmten in der Bürgerschaft dem Geschäft zu.“

Wie konnte dieser Tabubruch passieren? Erklärmaßen ging es laut Norbert Hackbusch um das taktische Austesten der parlamentarischen Zusammenarbeit mit der SPD. Darüber haben wir in der Partei weder diskutiert noch befunden. Wo bleibt da die innerparteiliche Demokratie? Wir fordern von der Bürgerschaftsfraktion eine Politik, die sich klar gegen Standortpolitik ausspricht! Die Kreditaufnahme retten keinen einzigen Arbeitsplatz. Im Gegenteil, selbst der Bund der Steuerzahler konnte am 04.10.2012 in einer Presseerklärung „jubeln“:

„Wir haben's ja geahnt! Risiken bei Hapag-Lloyd verschärfen sich. Die Stadt Hamburg hatte 2008 rund 23,6 Prozent der Anteile an der Reederei

Hapag Lloyd erworben und diese im März 2012 auf 36,9 Prozent erhöht. Wir hatten der Bürgerschaft zuvor empfohlen, dem Geschäft nicht zuzustimmen. Unter anderem wiesen wir nach, dass die Angst des Senats vor einer Standortverlegung unbegründet war. Allein zehn Prozent der Anteile reichen aus, um eine Verlagerung der Reederei und ihres wesentlichen Geschäftsbetriebes, z.B. nach Rotterdam, zu verhindern. ... Damit bleibt der Steuerzahler auf 14 Millionen Euro Zinsen sitzen, die der März-Deal jährlich verursachen wird. Insgesamt belastete die Beteiligung an Hapag Lloyd den Landeshaushalt bis Ende 2012 mit rund 100 Millionen Euro.“

Was macht nun die Partei? Der Landesvorstand will keine Kritik an der falschen Entscheidung der Fraktion zum Hapag-Deal und den damit verbundenen strategischen Überlegungen (Türöffner für Rot/Rot) aufkommen lassen. Wir sehen nicht, dass diese Entscheidung der Fraktion einen Schritt auf dem Weg zum „demokratischen Sozialismus“ darstellt. Wir sehen sie vielmehr in eklatantem Widerspruch zum Programm unserer Partei: Weder ist sie Ausdruck einer demokratischen Entscheidungsfindung noch steht sie in Opposition zu neoliberaler Standortpolitik.

## **Initiativ-Antrag an den 3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hamburg vom 28./29. April 2012:**

AntragsstellerInnen: Stefan „Teddy“ Dührkop, Kerstin Fremder-Sauerbeck, Ronald Wilken, Christine Wolfram, Anna Arthur, Beate Reiß, Robert Jarowoy, Jürgen Olschok, Beate Rau, Christin Bernhold, Christian Stache, Christian Kruse, Reinhild Schwandt, Wernfried Reimers, Anke Ehlers, Markus Schneider-Johnen, Manfred Schubert

Antrag: Der Landesparteitag schließt sich der Erklärung der Kommunistischen Plattform „Clara Zetkin“ zur Bürgerschaftsabstimmung über Hapag Lloyd an, und fordert den zukünftigen Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion dazu auf, dass sie sich in Zukunft an Parteiprogramm, Wahlprogramm und Parteitagebeschlüsse zu halten...

## **Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE am 1. Dezember 2012 Schlußfolgerungen aus der Entscheidung der Bürgerschaftsfraktion zur erweiterten Beteiligung Hamburgs an HAPAG-Lloyd**

Antragsteller: AG Studierendenpolitik, AKL Hamburg, Cuba si, kpf-cz, [solid] Hamburg

Im März dieses Jahres stimmte die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft dafür, daß Hamburg sich künftig mit 36,9 Prozent an dem weltweit agierenden Unternehmen HAPAG-Lloyd beteiligt. Dazu wird ein Kredit in Höhe von 420 Millionen Euro aufgenommen.

Die Antragsteller sehen nicht, dass diese Entscheidung der Fraktion einen Schritt auf dem Weg zum „demokratischen Sozialismus“ darstellt. Wir sehen sie vielmehr in eklatantem Widerspruch zum Programm unserer Partei: Weder ist sie Ausdruck einer demokratischen Entscheidungsfindung noch steht sie in Opposition zu neoliberaler Standortpolitik...

# „Unsere Alternative heißt Sozialismus“

Zum neuen Aufruf der Bundes AKL



von *Tilman Rosenau und Henning Meiforth*

Die nächste AKL-Mitgliederversammlung wird im Februar 2013 einen neuen Aufruf für eine Antikapitalistische Linke in der LINKEN verabschieden. 6 Jahre nach der Gründung der AKL verankert sich die „Mutter aller Strömungen“ durch feste Strukturen und damit als anerkannte Bundesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei. Den Gründungsauftrag aus einer Zeit vor dem Zusammenschluss von WASG und PDS haben bis heute fast 2000 Personen unterschrieben und unserer Partei einen radikal sozialistischen Stempel aufgedrückt. Ohne die AKL wäre DIE LINKE nicht das, was in ihrem Erfurter Programm zum Ausdruck kommt.

## „Radikal Sozialistisch“

In der Einleitung heißt es über die Partei DIE LINKE: „Sie ist die demokratische Erneuerungsbewegung, die die Verteidigung der Bürger- und individuellen Freiheitsrechte und ihres Ausbaus mit neuen Informationstechnologien mit einem Kampf gegen die herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen verbindet. ... Die AKL hat in der aktuellen Politik und der programmatischen Diskussion der LINKEN immer eine vorantreibende und radikale sozialistische Position vertreten und der Entwicklung der Partei ihren Stempel aufgedrückt.“ Die AKL sieht sich als Verteidigerin des Programms, deren Inhalte gesellschaftliche Mehrheiten ausdrückt, wobei die Partei aber eine Minderheit bleibt.

Im ersten Abschnitt wird die Krise des Kapitalismus aus einem Klassenstandpunkt und der internationalen Wirtschaftssituation beleuchtet. Im zweiten Teil wird das politische Kräfteverhältnis in Deutschland behandelt. Der dritte Teil beschreibt die aktuelle Klimakrise und im vierten Abschnitt die Gefahr durch Teile der Partei die grundsätzliche Friedensposition zu verwässern. Der fünf-

te Abschnitt befasst sich mit den real wachsenden Faschisierungstendenzen innerhalb der deutschen Gesellschaft. Gegen eine Anbiederung an die SPD wendet sich der Aufruf im sechsten Teil.

## „DIE LINKE hat recht, aber...“

Das Leitbild der Linken wird heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen aufgegriffen, aber nicht mit der Partei die LINKE zusammengebracht. In Umfragen wünschen sich Zweidrittel der Befragten ein Gesellschaftssystem jenseits vom marktwirtschaftlichen Kapitalismus, aber die gesellschaftliche Ausstrahlung der LINKEN nimmt dennoch ab. Die LINKE hat recht, aber sie hat nichts davon. ... Aufgabe der Partei DIE LINKE ist es, Teil dieser Bewegungen zu sein und ihnen eine Stimme zu geben, jedoch ohne sie zu instrumentalisieren. In solch geschichtsträchtigen, krisen geprägten Zeiten braucht es eine starke, antikapitalistische Partei DIE LINKE, die dem Kartell aus Regierung und Wirtschaftselite offensiv die Stirn bietet. Heist es unter dem Abschnitt „Mittendrin im Widerstand“. Um mit konkreten Änderungen zu schließen.

Die Kontingenz der Partei, sei es durch eigene Richtungsentscheidungen zwischen Erfurt und dem Bundestagswahlkampf 2013 oder getrieben durch die Krise des Kapitalismus, ist steuerbar. Der Entwurf dieses neuen Aufrufs des Genossen Thies Gleiss ist eine gute Grundlage zur Bearbeitung der anstehenden Aufgaben. Änderungen können bis 4 Wochen vor der Mitgliederversammlung eingebracht werden und die Hamburger AKL wird auf ihrem nächsten Treffen am 7. Dezember dieses Papier diskutieren und an einem weiteren thematischen Abend vor Weihnachten Ergänzungen (und gerne auch Kürzungen) erarbeiten.

**Der Text des Arbeitsentwurfes wurde am 17. Oktober auf der Homepage [www.antikapitalistische-linke.de](http://www.antikapitalistische-linke.de) veröffentlicht.**

# Veranstaltung: Wider den Zeitgeist

Buchvorstellung: Moshe Zuckermann Podiumsgespräch: Rolf Becker und Susann Witt-Stahl mit dem Autor

**Freitag, 14. Dezember 2012  
Heinrich-Wolgast-Schule  
Greifswalderstraße 40, Ham-  
burg-St. Georg Beginn: 19:00**

Was der Historiker Moshe Zuckermann vor einigen Jahren als „Rechtsruck der Stagnation“ im Nahen Osten ausgemacht hat, droht mittlerweile in einer Katastrophe zu kulminieren. Das Kriegsgeschrei in Israel kann lauter kaum mehr werden. 58 Prozent der jüdischen Bevölkerung meinen, dass in ihrem Land bereits „Apartheid“ herrscht. Israels Zivilgesellschaft geht zugrunde, seine Linke ist am Boden. Viele suchen ihr Heil in der zionistischen Ideologie.

Nicht anders die Linke in Deutschland: Ihre Politik sei von „Opportunismus“, defizitärer Vergangenheitsbewältigung und „unbewusster Sehnsucht, auch mal ‚Opfer‘, ja, ‚Jude‘ sein zu dürfen“ angetrieben, lautet eine von Zuckermanns Diagnosen. Auf parlamentarischer Ebene sei sie so sehr mit dem „Einknicken vor der neokonservativ durchwirkten Meinungshegemonie“ beschäftigt, dass sie zur „Lachnummer“ verkomme.

Entsprechend sind die Debatten in Deutschland und Israel ideologisch kontaminiert. Es wird eine gefährliche Jonglage mit abstrusen Auschwitz-Vergleichen, der Abstraktion „die Juden“ und der Identifizierung von Antisemitismus mit Antizionismus, Israel- und USA-Kritik betrieben. Die perfideste Waffe rechter Ideologen ist der Kampfbegriff „linker Antisemitismus“. Sein Einsatz zielt schon lange nicht mehr auf die Entlarvung von Judenhass, sondern auf die historische

Diskreditierung des Friedenslagers und der Kapitalismuskritik.

Was können Linke noch tun, wenn die Degeneration des kritischen Bewusstseins so weit fortgeschritten ist, dass nicht wenige seiner ehemaligen Verwalter mit neoliberalen Demagogen einer Meinung sind, Sozialismus und Nationalsozialismus seien Fleisch vom selben Fleisch?

Der Philosoph Walter Benjamin wies 1939 den einzigen Ausweg: Wer den Verrat an Aufklärung und Emanzipation nicht hinnehmen will, der rückt „nach Maßgabe des Möglichen“ von solchen regressiven Prozessen ab und „betrachtet es als seine Aufgabe, die Geschichte gegen den Strich zu bürsten“. Dieses Denken hält Moshe Zuckermann mit seiner Ideologiekritik wach.

Veranstalter: Assoziation Dämmerung Ver.di – Ortsverein Hamburg (ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Kultur)

---

## Vorwärts Genossen, wir rudern zurück!

Oder wie unsere Wohnungspolitik und demokratischen Strukturen zur Farce werden. *Von Rachid Messaoudi*

Nach langem konstruktivem und gemeinschaftlichem Ringen, unter Beteiligung vieler Genossinnen und Genossen, haben wir auf dem Landesparteitag (LPT), am 27. November 2011, eine sehr gute und fortschrittliche Handlungsorientierung mit dem Titel: „Für menschenwürdiges Wohnen – Mietpreissteigerungen stoppen!“ beschlossen. Wir haben grundlegende sowie konkrete Forderungen gestellt, die die Situation auf dem angespannten Wohnungsmarkt verbessern helfen sollen und darüber hinaus das eigentliche Problem, dass der Wohnungsmarkt kapitalistisch organisiert ist, klar

benannt. Schon damals war eine Gruppe besonders berufener Fachleute verärgert, dass weder deren Papier noch deren zahme Positionen mehrheitsfähig waren. Dennoch fühlten sie sich unbeirrt berufen, weiterhin an dem Thema Wohnungspolitik zu arbeiten, mit dem Anspruch, dass das auch von der Partei so beschlossen würde.

So kam es, dass diese scheinbar blaublütige Gruppe auf dem nächsten Landesparteitag am 28./29. April 2012 einen Antrag zur Wohnungspolitik vorlegte. Dieser wurde an eine Arbeitsgruppe, unglücklicherweise nahezu identisch

mit den adligen Antragsstellern (unter Einbindung der ÄnderungsantragsstellerInnen) mit dem Auftrag verwiesen, daraus ein Konkretisierungspapier zur Wohnungspolitik zu machen. Dieses Papier sollte dann dem LPT zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dass die von Gottes Gnaden berufenen Fachleute dafür gesorgt haben, diesen Auftrag zu erhalten, kann schon mit dem ...Wunsch, gebauchpinselt werden zu wollen, identifiziert werden. Das ist politisch unangebracht. Doch liest man deren Papier, offenbart sich die eigentliche Absicht auf erhellende Weise.

Viele Positionen, die von einer großen Mehrheit auf dem LPT beschlossen wurden, wurden massiv verwässert. Getrost nach dem

Motto: „Vorwärts Genossen, wir rudern zurück!“ wurde hier versucht, Realpolitik im wahren Sinne des Wortes durch die Hintertür einzuschmuggeln.

- ▶ Aus „unbefristete Mietpreisbindung von Sozialwohnungen wie in Wien...“ wird „Die üblichen Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau sind von zurzeit 15 Jahre auf 30 Jahre zu erweitern“;
- ▶ aus „gesetzliche Mietobergrenzen für Neuvermietungen, die an die Entwicklung der Masseneinkommen gekoppelt sind (maximal 30 Prozent der durchschnittlichen Einkommen)“ wird „... Orientierung der Mieten an den realen Lebens und Einkommensverhältnissen des Großteils der Bevölkerung“;
- ▶ aus „steuerliche Absetzbarkeit von leerstehendem Büro- und Wohnraum muss abgeschafft werden“ wird „steuerliche Absetzbarkeit bei Büro- und Wohnungsleerständen über drei bis maximal sechs Monate hinaus abschaffen“;
- ▶ aus „Schlupflöcher zur Verschleierung von Leerstand müssen gestopft und die Möglichkeit der Zwangsbelegung durch die Bezirksämter eingeführt werden“ wird „Hier (Zweckentfremdung) ist offensichtlich mehr politischer Druck und Kontrolle nötig, diese Fehlentwicklung abzustellen“;
- ▶ aus „Die Möglichkeit der Umwandlung von leerstehenden Büroflächen muss systematisch überprüft werden. Die Umwandlung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss ggf. erzwungen werden, auch durch Enteignung...“ wird „Wo immer technisch und finanziell sinnvoll, müssen länger leer stehende Büro- und Gewerbeeinheiten in Wohnraum umgewandelt, entsprechende Prüfungen beschleunigt werden“ usw.

Ob hier versucht wird, aus politischer Überzeugung heraus pflaumenweiche Inhalte durchzusetzen

oder aus strategischen Gründen sich der SPD anzunähern, damit einer künftigen Zusammenarbeit nichts im Wege steht und vielleicht sogar Posten für besonders Berufene abfallen, ist zweitrangig. Wichtig ist, dass so Gesellschaft nicht verändert wird. Dieses zu tun, war unser Anspruch bei der Gründung unserer Partei. Dies aufzugeben hieße, Politik denen zu überlassen, zu denen wir eine Alternative darstellen wollten, damit dieses Land eine Chance auf Veränderung hat. Und anstatt das fertig gestellte Papier wie vereinbart dem LPT zur Beschlussfassung vorzulegen, wurde dem Landesvorstand ganz im Sinne der Monarchie von der Arbeitsgruppe empfohlen, das Papier selber abschließend zu behandeln. Wohl in der weisen Voraussicht, dass es kaum eine Chance auf eine Mehrheit auf dem LPT hätte.

Allein die Begründung liest sich wie ein Beleidigungskatalog den Mitgliedern gegenüber. Da ist die Rede von „speziellen Vorschlägen“. Als sei die Mitgliedschaft nicht in der Lage, diesen folgen zu können. Wer bis dahin nicht den Glauben beim Lesen verloren hat, wird es spätestens, wenn er oder sie liest, „Das vorgeschlagene Verfahren ist besser geeignet, den Intentionen der AntragstellerInnen (...) gerecht zu werden als eine Plenumsdiskussion auf dem Landesparteitag.“ Das leuchtet auch ein. Wenn man Realpolitik durchdrücken will, d.h. die Infragestellung des Kapitalprinzips auf dem Mietmarkt, hilft demokratische Beteiligung eines fortschrittlichen Landesverbandes nicht wirklich weiter. Leider ist der Landesvorstand dieser Empfehlung gefolgt. Das ist an und für sich sehr fragwürdig. Denn immerhin besteht diese Arbeitsgruppe nahezu ausschließlich aus Abgeordneten. In allen anderen Parteien ist es üblich, dass Mandatsträger der Partei die Politik diktieren und das

ein übergeordnetes Organ, der LPT, durch ein untergeordnetes Organ, Landesvorstand, ausgehebelt wird. Bisher hatte ich unser Selbstverständnis immer so gedeutet, dass wir es anders machen wollten und genau diese Mechanismen verteilen. Scheinbar bedeutet das, politisch in der Realität anzukommen. So wurde doch die Aufgabe von Prinzipien und Überzeugungen anderer Parteien auch immer genannt. Guten Morgen lieber Landesvorstand, aufwachen! Und jetzt ran an die Ruder Genossinnen und Genossen. Vorwärts, wir rudern zurück!

Moment, so schnell geht es dann wiederum auch nicht. Der Bezirksverband Hamburg-Nord hat einen entsprechenden Antrag für den nächsten LPT eingereicht, der vorsieht, dass ein neues Papier zur Wohnungspolitik entwickelt wird, welches nicht hinter den Forderungen des ursprünglichen Antrages aus dem November 2011 zurückbleiben sollte. Ferner gilt es, grundlegende linke Forderungen ausarbeiten, die eine wirkliche Alternative zum politischen Einheitsbrei darstellen. Und das geht nur, wenn wir auch das bestehende System kritisieren. Wohnungen sind nicht marktfähig. Sie lassen sich nicht über Angebot und Nachfrage regulieren. Wohnen ist ein öffentliches Gut und muss auch so betrachtet werden, wenn sich etwas zum Guten ändern soll.

Je mehr Bezirksverbände, Stadtteilgruppen, AGen, Plattformen sowie Genossinnen und Genossen diesen oder einen ähnlichen Antrag unterstützen, desto klarer das Signal an jene, die es immer wieder schaffen, dass wir uns mit uns selbst beschäftigen müssen. Das erinnert irgendwie an einen Vorwurf, der gerne von RealpolitikerInnen gegen linke Kräfte geäußert wird. Also, verändern wir die Gesellschaft!

## Kapitalismus in der Krise

Hamburger Veranstaltungsreihe September - November 2012



# Arbeitszeitverkürzung jetzt! Trotz der Krise? Wegen der Krise!

**Es sprechen: Horst Schmitthenner\*, Kolleginnen und Kollegen aus Hamburger Betrieben Donnerstag, 29. November, 18:30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof, Ebene 9, Raum St. Georg**

Im Jahr 2004 wurden im VW-Konzern durchschnittlich 44 Stunden für die Herstellung eines VWs benötigt, in 2008 waren es nur noch 35 Stunden, hat der Unternehmensberater Wyman ausgerechnet. Mit 20 Prozent weniger Arbeitszeit würden demnach vier Jahre später noch genauso viele Autos vom Band laufen wie vorher. Also: Mehr Freizeit bei gleichem Lebensstandard? Besser geht's doch nicht!

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: Während die Produktivität und damit der mögliche Reichtum der Gesellschaft explodieren, nehmen die Wirtschaftskrisen zu, sinkt der Lohn der Arbeitenden, wächst die Armut, nimmt der Stress zu und alle müssen rund um die Uhr für die Firma erreichbar sein. Wie passt das zusammen?

„Angesichts der Krise können wir keine großen Sprünge machen“, denken viele KollegInnen.

„Lieber ein bisschen länger arbeiten, aber wenigstens stimmt dann halbwegs die Kohle.“

Wir denken aber, wir müssen große Sprünge machen und zwar in Richtung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Das muss die Antwort der abhängig Beschäftigten auf die Krise sein, dazu müssen sie ihre gewerkschaftlichen Zusammenhänge einsetzen. Warum wir das denken? Das wollen wir mit Euch diskutieren.

\* Vorstandsmitglied der IG Metall während des Kampfes um die 35-Stunden-Woche 1984.

Veranstalterkreis: OV-Vorstand ver.di FB 08, Medien, Kunst, Industrie VKL Honeywell (IG BCE), BetrGrLeitung ver.di bei Gruner + Jahr, »Alternative« Daimler-Benz Harburg, FG Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe, ver.di

---

## Marx über die historischen Grenzen des Kapitalismus

Am Dienstag, den 2. Oktober haben wir im Rahmen der Bündnisreihe „Kapitalismus in der Krise“ unsere akl-Veranstaltung mit Prof. Dr. Götz Dieckmann als Referenten durchgeführt. Der Genosse Götz Dieckmann hat über Marx' „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ einen Bogen zur heutigen Situation des Kapitalismus an Hand von acht Thesen gezogen. Durch gut dosierte Hinweise auf Textstellen und weiterer Literatur hat uns der Genosse zur weiteren Vertiefung angeregt.

In seiner Vorstellung hat Götz schlussfolgernde Erfahrungen

gemacht, in denen das Zusammenspiel von Widerstand und Selbstbefreiung einen zentralen Platz einnimmt.

Grundlage allen revolutionären Handelns muss aber die Frage stehen: Wie würde Marx Analyse heute aussehen?

Die Welt hat sich in 150 Jahren verändert. Es leben heute fünf Mal so viele Menschen auf der Welt und die Endlichkeit unserer Rohstoffe wird immer sichtbarer. Dies muss auch Auswirkungen auf unsere Analyse haben. Neben dem Bereich des historischen Marxismus helfen uns hierbei die

Erkenntnisse der Mehrwerttheorie. Götz Dieckmann interpretierte Marx Arbeit über die „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ als eine Selbstverständigungsschrift.

Er interpretiert – ausgehend vom Unterschied zwischen Geld und Kapital – (wobei letzteres durch den Faktor Arbeit Mehrwert schafft) den Verlauf der antagonistischen Klassengesellschaft anhand der Entwicklung der Profitrate. Ihr Ausdruck in dem Verlauf der DAX-Kurse an der Börse verlaufe parallel ...

*Weiter auf Seite 8*

zu den politischen Ereignissen. Wir müssen uns also mit dem Verlauf der Profitrate beschäftigen, wenn wir den Kapitalismus verstehen und überwinden wollen. Das Absinken der Profitrate ist eine Gesetzmäßigkeit. Von dieser Erkenntnis ausgehend entwickelte Götz acht Thesen aus den Grundrissen.

Nach einigen Gesprächen mit Teilnehmern unserer Veranstaltung bin ich zu dem Schluss gekommen, dass – ganz nach dem Motto: Der Marxismus dient dem revolutionären Menschen Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, um eine Beziehung auf die Praxis herzustellen, die auf die Zukunft ausgerichtet ist – dies eine gelungene Veranstaltung war. Sie diente vor allem der Möglichkeit sich

selbst mit seinen eigenen Positionen in Frage zu stellen, sich auf etwas Neues einzulassen, die häufig verlernte Neugier unter den Linken wieder zu erwecken und nach vorne zu schauen.

Was will man mehr? Wir wollen an dieser positiven Erfahrung anknüpfen.

Tilman Rosenau

## Was will der LANDESRAT LINKE FRAUEN?

Ende September 2012 gründeten drei Frauen auf Hamburg-Ebene einen LANDESRAT LINKE FRAUEN, der sich am BUNDESRAT LINKE FRAUEN orientierte. Dieser hatte sich im Frühjahr 2012 in Hannover unter Beteiligung von 50 Frauen gegründet. Wir wollen auf lokaler Ebene die Initiative weiterentwickeln und strukturell institutionalisieren.

► Im Zentrum unserer Überlegungen steht die Verwirklichung der feministischen Ziele unserer Partei, die auf dem Erfurter Parteitag mit dem Programm beschlossen wurden. Wir sind der Auffassung, dass ein LANDESRAT LINKE FRAUEN diese Ziele innerhalb der Partei erfolgreicher durchsetzen kann, als dies bisher der Fall gewesen ist. dass es gelingt, dass Frauen in dieser Stadt.

► Inhaltlich wollen wir daran arbeiten, ökonomisch unabhängig von Partner und Staat selbstbestimmt leben können. Nur auf einer wirtschaftlich abgesicherten Grundlage werden Frauen sich aus persönlichen und finanziellen Abhängigkeiten befreien.

Der Weg zu einer gleichgestellten Position im Leben ist weit und steinig. Frauen verdienen – gesamtgesellschaftlich betrachtet – immer noch 23 Prozent weniger als Männer. In Hamburg sind es sogar 28 Prozent, ermittelte der DGB Nord vor kurzem. Zweidrittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. Viele von ihnen sind aufgrund der ihnen auferlegten Sorgearbeit gezwungen, Teilzeitarbeit und Minijobs anzunehmen. Hinzu kommt, dass nicht wenige Vollzeitstellen in den Unternehmen wegrationalisiert wurden. Die Folge ist, dass Frauen im Status der Zuverdienerinnen stecken bleiben, wie z.B. Alleinerziehende. Eine derartig lückenhafte Erwerbsbiographie führt langfristig in die Altersarmut. Der LANDESRAT LINKE FRAUEN Hamburg sieht die ökonomische Unabhängigkeit als Schlüsselfrage der Frauen-Emanzipation an!

Wir sind zudem der Auffassung, dass die Erwerbsarbeitszeit von Frauen und Männern drastisch reduziert gehört und – die ständig steigende Produktivität in der

Arbeitswelt macht's möglich - bei vollem Lohnausgleich! Mit Anträgen, Diskussionen, Veranstaltungen und Publikationen wollen wir uns daran beteiligen, dass die LINKE sich auf allen Parteebenen mit den feministischen Zielen des Parteiprogramms auseinandersetzt, Forderungen und Maßnahmen beschließt und umsetzt und für diese Ziele in der Gesellschaft kämpft. Wir sehen es als erforderlich an, dass der Bundestagswahlkampf 2013 einen Schwerpunkt Frauen haben sollte und fordern ein Konzept Frauenwahlkampf!

Wir hoffen, dass viele Genossinnen und Genossen uns durch ihre Mitarbeit unterstützen, um dadurch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse aller zu verbessern.

**Unsere Gründungsversammlung findet am 16. Januar 2013, 19.00 Uhr im Konferenzraum der Partei DIE LINKE, Buceriusstrasse 2, statt.**

Kontakt: Reinhild Schwardt  
040/220 65 57; Kersten  
Artus 040 / 18 12 18 00



# Zur Wahlkampfstrategie 2013

**Der Parteivorstand hat am 13. Oktober ein Papier zur Wahlkampfstrategie 2013 beschlossen. In dem Papier sind einige richtige Anstöße zu finden, aber leider auch Einschätzungen und daraus abgeleitete Schlussfolgerungen, die an den konkreten Verhältnissen vorbeigehen.**

In der Einleitung wird richtig darauf hingewiesen, dass die Partei im Selbstverständnis für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und für die Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft steht. Man könnte auch sagen, dass die Partei damit für Sozialismus steht. Denn nichts anderes bedeutet eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft als Voraussetzung der Demokratisierung der ganzen Gesellschaft. Aber der Begriff Sozialismus kommt in der Wahlkampfstrategie nicht vor.

Stattdessen ist die Rede vom Politikwechsel, der an anderer Stelle durch die Skizzierung eines Reformprogramms einer potentiellen Linksregierung konkretisiert wird. Vier Forderungen werden als Angebot an SPD und Grüne formuliert als Voraussetzung für eine gemeinsame Regierung mit Kanzlers Steinbrück: friedliche Außenpolitik (beinhaltet Stopp von Rüstungsexporten und die Ablehnung von Kampfeinsätzen im Ausland), Sicherung vor Armut durch eine armutsfeste solidarische Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung, einen Mindestlohn von dem man in Würde leben kann und die couragierte Besteuerung von Reichtum.

Es sollte jedem auffallen, dass „couragiert“, „armutsfest und solidarisch“ und ein „würdevoller“ Mindestlohn nicht sehr präzise Größen sind. Dabei hat die Partei schon oft genug konkrete Zahlen als Minimalforderungen formuliert. Auch wenn ein Strategiepapier kein Programm ist, die an dieser Stelle aufgeworfene Frage einer Regierungsbeteiligung ist heikel genug, um den Anschein von Beliebigkeit durch solche Formulierungen zu vermeiden.

Im zweiten Abschnitt des Papiers werden zentrale gesellschaftliche Themen und die Positionierung der Partei dazu aufgezählt. Im ersten Unterpunkt in diesem Abschnitt heißt es: „Nicht demokratisch gewählte Vertreter\_innen der Bevölkerung, sondern Repräsentanten und Eigentümer der großen Konzerne und Banken und deren Gewinninteressen bestimmen und prägen immer mehr die Geschicke des Landes.“ und „DIE LINKE steht an der Seite der Menschen, die Widerstand leisten und nach Alternativen zur herrschenden Politik suchen. So verschieden die Ziele und Wege, so klar und ein-

fach unsere Parteinahme in diesem Konflikt: gegen die Macht des Kapitals und für die Demokratie.“

Diese Machtverhältnisse entspringen nicht einfach aus dem Versagen der Politik, sie lassen sich nicht einfach durch einen Regierungsbeschluss aufheben. Sie spiegeln reale gesellschaftliche Macht wieder, Macht aus dem Eigentum und der Verfügungsgewalt über die Banken und Konzerne. Alle anderen Parteien im Bundestag, trotz ihrer Unterschiede in Detailfragen, akzeptieren, dass die ganze Gesellschaft abhängig davon ist, dass die Kapitalisten ihre Profite machen. Ohne Profite keine Produktion, keine Arbeit, sondern Krise. Nur DIE LINKE stellt in Frage, dass das Allgemeinwohl abhängig ist vom Wohl der Kapitalisten. Nur wir stellen in Frage, dass die Lohnabhängigen europaweit ihren Lebensstandard senken sollen, um die Profite der Reichen zu schützen. Wir tun dies aber leider inkonsequent.

In dem Wahlkampfstrategiepapier werden als Demokratisierungsschritte Volksentscheide, Behördentransparenz, Abschaffung des Verfassungsschutzes und das Recht auf politischen Streik aufgezählt. Alles richtige Forderungen, aber absolut unzureichend, weil man weiterhin Wirtschafts- und Medienmacht in den Händen der Eigentümer lässt. Das Papier fordert richtigerweise die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, erwähnt aber mit keinem Wort, dass die Reichen sich das nicht ohne weiteres gefallen lassen werden und mit Verlagerung von Industrie, Kapitalflucht und Investitionsstreik drohen werden.

Man sieht sich als Teil der europaweiten Massenproteste gegen das EU-Spardiktat und fordert in dem Papier unter anderem einen Neustart der EU und die Demokratisierung von Europa, lässt aber den wichtigsten Schritt aus unserem Programm für eine Demokratisierung von Europa aus: Die Ver gesellschaftung des gesamten Bankensektors. Wir stellen Anträge im Bundestag mit dieser Forderung, die ganze aktuelle Situation bringt diese Forderung auf die Tagesordnung, aber welche Gliederung der Partei hat sich ernsthaft damit auseinander ...

*Weiter auf Seite 10*

gesetzt auf was für einen Kampf mit den Kapitalbesitzern wir uns vorbereiten müssen, um diese Forderung umzusetzen.

Wenn wir es ernst meinen mit einer Alternative zur herrschenden Politik macht es keinen Sinn den Anschein zu erwecken ein „linkes Reformprojekt“ mit SPD und Grünen sei durchführbar. Zuletzt auf Bundesebene beim Fiskalpakt und der Euro-„Rettung“ beweisen beide Parteien für wen sie Politik machen. Auch Bürgermeister Scholz und Schwarz-Grün in Hamburg unterscheiden sich nicht grundlegend. Das heißt, für die Menschen, die die Rolle von SPD und Grüne durchschauen, klingen diese Koalitionsangebote unehrlich, als ob der Politikwechsel nur darin besteht, dass einige von uns im Kabinett sitzen wollen. Für die Menschen, die die Rolle von SPD und Grüne nicht durchschauen, schaffen wir dagegen nur mehr Verwirrung.

Das Ganze wird nicht besser, wenn Koalitionen an denen sich die Linke beteiligt, schöneredet werden. Als Beleg, dass DIE LINKE in Opposition und Regierung wirkt, wird in einer Aufzählung die Abschaffung der Residenzpflicht in Brandenburg als Ergebnis unserer Arbeit in der Regierung dargestellt. Abgesehen davon, dass die Partei in

der Regierung die Verantwortung für Stellenabbau im öffentlichen Dienst übernimmt, dass sie gegen Brandenburger(!) Parteitagebeschlüsse auf Braunkohle setzt und auch in Brandenburg Flüchtlinge abgeschoben werden. Abgesehen von all dem, schreibt der Flüchtlingsrat Brandenburg in einem offenen Brief vom 1. November 2012 über die Abschaffung der Residenzpflicht: „Denken Sie auch, dass die Residenzpflicht in Brandenburg abgeschafft ist? Leider irren Sie sich hier. Nach wie vor kann ein großer Teil der Brandenburger Flüchtlinge nicht nach Berlin reisen. Nach wie vor werden Reiseanträge in andere Bundesländer abgelehnt, nach wie vor gibt es Anzeigen und Prozesse.“

2013 wird ein ereignisreiches Jahr. Die Euro-Krise wird sich weiter zu spitzen, während die Lebenssituation für immer mehr Menschen in Europa unerträglich wird. Deutschland droht ein Schrumpfen der Wirtschaft und damit einhergehend ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen und weiterer Sozialabbau. Wir können europaweit zeigen, dass es auch in Deutschland Widerstand gegen Merkel und ihr Euro-Spardiktat gibt. Wir können unseren Beitrag dazu leisten Bewegungen gegen Arbeitsplatzabbau, Kürzungshaushalte und weitere Verschlechterungen unseres Lebensstandards mit aufzubauen. Gelingt uns das, wird uns auch der Wiedereinzug in den Bundestag gelingen.



# Auf bruch



[www.akl-hamburg.de](http://www.akl-hamburg.de)

Gegenmacht **organisieren**  
Gesellschaft **verändern**

